



gegründet 1861

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 29. Juni 1982

Blatt 1891

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
(rosa) Spitalsbesuche auch mit Kindern
Start der Aktion "Fahrt ins Grüne"
Höhere Mittel für "Kunst am Bau"

Kultur: Auf den Spuren Joseph Haydns in Wien
(gelb) Korrespondenz Hofmannsthal an Mell gekauft

Wirtschaft: Holding-Bilanz 1981: Gewinn 16,76 Millionen
(blau)

Nur
Über FS: 28.6. Gasrohrgebrechen in Döbling
29.6. Wasserrohrbruch am Wiedner Gürtel
Bürgermeister Gratz in Spitalspflege
Gänsehäufelfest nun am 3. Juli
24jährige sprang aus dem Fenster

Auf den Spuren Joseph Haydns in Wien

Utl.: Eine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs

=++++

2 #Wien, 29.6. (RK-KULTUR) Ab Donnerstag, den 1. Juli, ist im Arkadenhof des Wiener Rathauses eine anlässlich des 250. Geburtstages von Joseph Haydn vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung zu sehen, die die Spuren Haydns in Wien verfolgt. Neben Fotos und Literatur werden einige interessante Originale - so etwa aus Haydns Verlassenschaftsabhandlung - gezeigt. Die kleine Schau beschäftigt sich auch mit dem Nachleben des berühmten Komponisten, mit Aktivitäten, die gesetzt wurden, um das Andenken an Haydn wachzuhalten. "Joseph Haydn in Wien" ist bis Mitte September Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen. Besucher der Arkadenhofkonzerte können die Ausstellung auch abends sehen. #

Haydn, der erste große Vertreter der Wiener Klassik, war, ebenso wie Mozart und Beethoven kein gebürtiger Wiener. Die Beziehungen Haydns zu Wien waren dennoch äußerst eng. Der junge Joseph Haydn kam als Knabe in diese Stadt, um hier im Kapellhaus nahe St. Stephan als Chorknabe ausgebildet zu werden. Einige Jahre später übersiedelte Haydn in das "Alte Michaelerhaus" am Kohlmarkt, wo sich der musikalische Aufstieg des jungen Genies anbahnte. Als Haydn in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts in den Dienst der Familie Esterhazy trat, verließ er Wien, um hierher als dauernder Bewohner erst zu einer Zeit wiederzukehren, da aus dem unbekanntem Musiker ein weltberühmter Komponist geworden war. Haydn bewohnte in der Folge mehrere Häuser in Wien und in der näheren Umgebung der damaligen Stadt. Seine letzten Jahre verbrachte der Komponist in seinem eigenen Haus in der damaligen Vorstadt Windmühle (heute Wien 6, Haydngasse 19), wo er 1809 starb. (Schluß) red/gg

NNNN

Spitalsbesuche auch mit Kindern

=++++

4 #Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Stadtsenat mitteilte, habe er angeordnet, daß versuchsweise in allen Wiener Spitälern Kinder zu Krankenbesuchen mitgenommen werden dürfen. Diese Neuregelung gilt ab Donnerstag, dem 15. Juli.#

Wenn sich dieser Versuch in der Praxis als durchführbar erweise, werde die Anstaltsordnung entsprechend geändert werden, sagte Stacher. Ferner teilte der Gesundheitsstadtrat mit, daß in allen städtischen Pflegeheimen die Besuchszeit auf die Zeit von 11 bis 19 Uhr ausgedehnt wird. Ein diesbezüglicher Versuch im SMZ-Ost hat sich bereits bewährt.

Stadträtin Dr. Gertrude KUBIENA gab ihrer Freude Ausdruck, daß damit ein Antrag der Volkspartei positiv behandelt worden ist.

(Schluß) pr/bs

NNNN

Start der Aktion "Fahrt ins Grüne"

=++++

6 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Donnerstag, den 1. Juli beginnen in Wien wieder die "Fahrten ins Grüne" für ältere Bewohner grünflächenarmer Bezirke. So wie in den vergangenen Jahren wird diese Aktion wieder in den Sommermonaten Juli und August durchgeführt. Im Vorjahr haben daran über 30.000 Wienerinnen und Wiener teilgenommen.

Betagte Wienerinnen und Wiener der Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 erhalten damit Gelegenheit zu einem kostenlosen Halbtagsausflug in die nähere Umgebung Wiens. Die von den Autobussen angefahrenen Ausflugsziele befinden sich in einem Umkreis von 30 bis 40 km rund um Wien und garantieren ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm. Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher dieser Bezirke können allerdings nur daran teilnehmen, wenn sie vor Antritt der Fahrt im Sozialreferat ihres Bezirkes eine Teilnehmerkarte lösen. Die bereits in den Vorjahren ausgestellten Teilnehmerkarten haben auch heuer wieder ihre Gültigkeit.

Die Abfahrtsstellen befinden sich in:

- 1., Schwertgasse/Ecke Wipllingerstraße
- 4., Favoritenstraße 18 (Amtshaus)
- 5., Redergasse (Rückseite des Amtshauses)
- 6., Amerlingstraße 11 (Amtshaus)
- 7., Hermannngasse 24 (Amtshaus)
- 8., Schlesingerplatz 4 (Amtshaus)
- 9., Währinger Straße 43 (Amtshaus)

Die Teilnahme an diesen Fahrten ist kostenlos, da die Stadt Wien die Kosten übernimmt. (Schluß) zi/gg

NNNN

Korrespondenz Hofmannsthal an Mell gekauft

=++++

7 #Wien, 29.6. (RK-KULTUR) Der Stadtbibliothek ist es gelungen, ein für die Wiener Kulturgeschichte bedeutsames Zeugnis zu erwerben, nämlich die Korrespondenz zwischen Hugo von Hofmannsthal und Max Mell.#

Auf Antrag von Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK genehmigte der Wiener Stadtssenat heute Dienstag den Kauf dieser Korrespondenz für die Stadtbibliodtheek zu einem Gesamtpreis von 1,8 Millionen Schilling. Es handelt sich dabei u.a. um 55 Briefe mit 102 handgeschriebenen Seiten sowie 122 eigenhändig geschriebene Postkarten und 11 Telegramme. (Schluß) pr/bs

NNNN

Höhere Mittel für "Kunst am Bau"

Utl.: Landesregierung beschloß Verordnung

=++++

8 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß Dienstag eine neue Verordnung über die angemessenen Gesamtbaukosten. Dadurch wird es möglich, höhere Mittel für die sogenannte "Kunst am Bau" zur Verfügung zu stellen. Wie berichtet, sollen mehr Mittel für die künstlerische Ausgestaltung von Wohnhausanlagen zur Verfügung gestellt werden können.

Außerdem werden durch diese Verordnung nunmehr auch Kinderwagenabstellräume, zentrale Heizungsanlagen und Müllabwurfeinrichtungen in die normale Ausstattung von geförderten Baulichkeiten einbezogen. (Schluß) pr/ap

NNNN

Holding-Bilanz 1981: Gewinn 16,76 Millionen Schilling

=++++

15 #Wien, 29.6. (RK-WIRTSCHAFT) Mit einem Jahresgewinn von 16,76 Millionen Schilling schloß die Bilanz der Wiener Holding - der Wiener allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft m.b.H. - für das Geschäftsjahr 1981 ab. Der Gewinn liegt, wie der Generaldirektor der Wiener Holding, Dr. Josef MACHTL, in einem Pressegespräch mitteilte, über dem Jahresgewinn von 1980. #

Die Bilanzsumme der in der Holding zusammengefaßten Unternehmungen - 32 Tochtergesellschaften und drei verwaltete Unternehmen - erhöhte sich im Geschäftsjahr 1981 von 1.457,2 Millionen Schilling auf 1.495,5 Millionen. Der Personalstand blieb im Jahresdurchschnitt mit 7.019 Mitarbeitern gegenüber 1980 (7.071 Mitarbeiter) annähernd gleich.

Obwohl die internationale wirtschaftliche Situation auch Auswirkungen auf Österreich zeitigt, konnten die im Konzern zusammengeschlossenen Unternehmen ihre Umsätze im Geschäftsjahr 1981 um rund 6,5 Prozent von 6,8 Milliarden Schilling auf 7,2 Milliarden steigern. Durch Investitionen in Höhe von 1,27 Milliarden Schilling hatte die innovative Tätigkeit der Holding über die Grenzen Wiens hinaus Bedeutung für die ganze Region. Hauptträger des Investitionsvolumens waren im vergangenen Jahr mit rund 357 Millionen Schilling die Heizbetriebe Wien, deren gesamtes Verbundnetz nun eine Länge von rund 90 Kilometer aufweist. (Schluß)
 we/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

10 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde am Dienstag mit der Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit wieder aufgenommen.

StR. SCHIEDER (SPÖ) nannte acht Schwerpunkte seines Ressorts:

1. Die Feuerwehr hatte 1981 24.663 Einsätze zu verzeichnen. Der Belastungszuwachs ergibt sich nicht nur durch die vermehrten Einsätze sondern auch durch die höhere Anforderung bei der Ausbildung. Auch der Ausrüstungsstand wurde verbessert, sodaß die Stadt Wien auf diesem Sektor beruhigt in die Zukunft schauen kann.
2. Die Sportpolitik in Wien dient dazu, allen Menschen den Weg zur sportlichen Betätigung zu öffnen. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, einer sinnvollen gesunden und vergnüglichen sportlichen Betätigung nachgehen zu können. Die Stadt Wien versteht den Sport auch als gesellschaftliche Aufgabe und unterstützt daher internationale Wettkämpfe und Begegnungen. Als Auswüchse des Sports nannte StR. SCHIEDER das Rowdytum auf dem Fußballplatz, Sportler die sich selbst zur Handelsware erniedrigen sowie den Leistungssport bei Kindern und Jugendlichen. Die Sportpolitik Wiens wird von tausenden Menschen, von Vereinen, Verbänden mitgeprägt.
3. Wien hat so viele städtische Bäder wie kaum eine andere Stadt. Derzeit sind die Hallenbäder in Brigittenau und Donaustadt in Bau, der Umbau des Amalienbades wird durchgeführt, nächstes Jahr wird mit der Errichtung eines Hallenbades in der Großfeldsiedlung begonnen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

11 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL)

4. Die von der Opposition vielgeschmähte Donauinsel ist heute ein vorbildliches technisches Bauwerk, Hochwasserschutz, Freizeit- und Begegnungsstätte tausender Menschen, sagte StR. SCHIEDER. Sie ist aber auch ein Beitrag zur Stadt selbst, weil die Menschen am Wochenende in der Stadt bleiben. Der "Saurier" Donauinsel ist zum "Freizeitkuscheltier" der Wiener geworden.
5. Wien ist eine grüne Stadt. Über das Bekenntnis zu Grünmaßnahmen hinaus ist tatsächlich viel geschehen. Es wurden neue Parks geschaffen, Plätze begrünt, Alleen gesetzt und unzählige Bäume gepflanzt.
6. Ein riesiges Biotop aus zweiter Hand ist der Laaer Wald. Vor dreißig Jahren wurden 270.000 Bäume und Pflanzen gesetzt, die nun der Bevölkerung als Erholungsfläche zur Verfügung stehen. Der Laaer Wald symbolisiert, daß die Wiener Stadtverwaltung seit Jahrzehnten plangemäß daran arbeitet, den Menschen große Erholungsflächen innerhalb des Stadtgebietes zur Verfügung zu stellen.
7. Es gibt immer mehr Radfahrwege in Wien. Der Nachholbedarf ist zwar noch groß, aber niemand kann das ehrliche Bemühen der Stadtverwaltung, hier aufzuholen, leugnen.
8. Neue Wege zur Bekämpfung und Überwachung der Luftverschmutzung die in Wien gegangen werden, finden international Anerkennung. Zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung wurde die Luftreinhaltenovelle in Kraft gesetzt. Erneut forderte StR. SCHIEDER den Einbau optimaler Filter im Kohlekraftwerk Tullnerfeld. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

12 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies auf das in den letzten Jahren stark gewachsene Umweltdenken hin. Diesem ökologischem Bewußtsein muß in jeder Beziehung Rechnung getragen werden. Es genügt daher nicht, wenn sich Wien um die Rauchentschwefelung bei Kraftwerken außerhalb der Stadt bemüht, Wien muß auch alles gegen die SO₂-Belastung im Bereich der eigenen Fernheizwerke tun.

Zum Wiener Stadion sagte Pawkowicz, daß man bisher notwendige Maßnahmen versäumt hat. Für die kommende Sanierung des Stadions empfahl er die Überdachung aller Sitzplätze: damit wäre das Stadion olympiareif - ebenso wie ganz Wien, das bereits heute jene sportlichen Einrichtungen besitzt, die für eine Olympiade nötig sind und in einigen Jahren mit den Wassersportmöglichkeiten bei der Donauinsel und einer erweiterten Hotelkapazität durchaus in der Lage wäre, die Spiele auszurichten. Es wäre dann nur noch der Bau eines olympischen Dorfes für die Sportler nötig, das so angelegt sein müßte, daß man es später in Wohnungen umwandeln könnte. Pawkowicz stellte in diesem Sinn den BESCHLUSSANTRAG, die erforderlichen Schritte zur Bewerbung Wiens um die Olympiade 1992 einzuleiten, und empfahl auch, Wien für die nächstmögliche Fußball-WM als Austragungsort anzubieten. Damit könnte es zu einem finanziellen Rückfluß der großen Investitionen kommen, die die Stadt in den vergangenen Jahren für Sportanlagen getätigt hat. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

13 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Regenwasser treten zu bestimmten Zeiten hohe Säurekonzentrationen auf, sagte GR. Dipl.-Ing. DDr. STRUNZ (ÖVP). Es ist dies eine Folge der Luftverschmutzung, die durch die Heizung, die kalorischen Kraftwerke und den Autoverkehr verursacht wird. Dadurch kommt es vielfach zu einem Bäumesterben. Schon jetzt im Juni zeigen sich viele Bäume im "Braun-Look". Obwohl von der ÖVP schon vor drei Jahren entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen wurden, sei bisher nichts dagegen unternommen worden. Strunz stellte den ANTRAG, als Sofortmaßnahme eine Kalkdüngung des Bodens im Umfeld von Bäumen, deren Boden übersäuert ist, durchzuführen. In allen kalorischen Kraftwerken Wiens sollen möglichst wirksame Rauchgasreinigungsanlagen installiert werden. Darüber hinaus ist durchzusetzen, daß im geplanten Kohlekraftwerk Dürnrohr eine Rauchgasreinigungsanlagen eingebaut wird, durch die ein höchstmöglicher Reinigungsgrad erreicht wird.

Bei der EBS und bei der Biomüll lagert immer noch hochgiftiger Abfall, kritisierte Strunz. Auf der einzigen Hausmülldeponie Wiens wurde auch schwermetallhaltiger Sonderabfall deponiert. Strunz forderte die sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Beseitigung dieses "neuerlichen Umweltskandals". (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

16 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR.FREINBERGER (SPÖ) meinte einleitend, seine Vorredner hätten den Versuch unternommen, eine gute Umweltbilanz zu vermiesen. Jetzt haben plötzlich alle die Liebe zu Grün entdeckt, alle setzen sich eine grüne Tarnkappe auf. "Für uns Sozialisten ist das Grün keine Modefarbe, für uns ist Umwelt ein echtes Anliegen".

Die Konsumgesellschaft hat einen hohen Wohlstand gebracht, hat damit aber auch zu einer hohen Umweltbelastung geführt. Die schädlichen Auswirkungen einer auf Profit ausgerichteten Wirtschaft müssen nun mit aller Konsequenz ausgebügelt werden. An Beispielen für eine echte Umweltpolitik der Wiener Stadtverwaltung in den letzten Jahren nannte FREINBERGER den Laaer Wald, der in 27 Jahren sorgsam aufgebaut wurde, und die Donauinsel, die von der BVP jahrelang als Pleitebeispiel bezeichnet wurde. "Seit fünf Jahren wagt auch die Volkspartei nicht mehr, zur Donauinsel NEIN zu sagen."

Wien hat eine Umweltbilanz, auf die die Stadt stolz sein kann. Echte Beiträge zum Umweltschutz sind die EBS, die Hauptkläranlage, das Fernwärmenetz. Die Leistungsbilanz des Stadtgartenamtes läßt sich sehen, die Salzstreuung in den Alleen wird eingestellt. Die Grünflächen und Parks in Wien gehören zu den gepflegtesten in ganz Europa.

GR. FREINBERGER forderte die Oppositionsparteien auf, sich mit dazu einzusetzen, daß beim geplanten Kohlekraftwerk im Tullnerfeld Filteranlagen nach dem neuesten Stand der Technik eingebaut werden.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

17 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema Spitzensport und Breitensport meinte GR. FREINBERGER, man müsse diese in einem gesunden Verhältnis zueinander sehen. Die Wiener Sportförderung nehme auf die Bedürfnisse beider Gruppen Rücksicht. Die Mittel werden sinnvoll eingesetzt.

Das Wiener Stadion, das heuer 51 Jahre alt wird, muß nun saniert und modernisiert werden. Da es nicht nur eine Wiener Sportstätte ist, wird sich auch der Bund mit entsprechenden Finanzmitteln dabei beteiligen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

18 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) "Früher hat sich die Mehrheit dieses Hauses mit der Zukunft befaßt, heute befaßt sie sich verstärkt mit der Aufarbeitung der Vergangenheit", sagte GR. FÜRST (ÖVP). Als Beispiel nannte er einen Postwurf, der eine Bilanz "10 Jahre Bürgermeister Gratz" enthält.

Es bereite ihm Sorge, führte Fürst weiter aus, wie wenig vorgesorgt wird, um Unglück von den Menschen dieser Stadt abzuwenden: er zählte Bauring, AKH, Reichsbrücke, Floridsdorfer Brücke, Weststadion, Gasrohrnetz, Stadtbahn, EBS, Rinter, Stadion, Hochwasser, Brand bei Gerngross und Hotelbrand im 20. Bezirk auf. Fürst erklärte, die ÖVP habe beim Bauring, beim AKH, bei der Reichsbrücke usw. gewarnt, aber ihre Anträge wurden immer abgelehnt. GR. Fürst widmete sich dann eingehend dem Zivilschutz und kritisierte, daß keine allgemeine Vorsorge im Zivil- und Katastrophenschutz getroffen wurde. Die ÖVP will eine Information der Bevölkerung, wie man sich im Katastrophenfall helfen könnte, und verlangte ein Frühwarnsystem und Vorsorgen für medizinische Notversorgung, für Notunterbringung und Evakuierung. Das Kontrollamt habe kritisiert, daß es bisher an Durchführungsverordnungen und Gesetzen zum Katastrophenhilfegesetz fehlt, erklärte Fürst und sagte weiter, man solle Vorsorge nicht an formalen Auseinandersetzungen scheitern lassen. Er wies darauf hin, daß in Döbling, wo die ÖVP die Mehrheit besitzt, von dieser ein Katastrophenschutzplan eingebracht wurde, der dann auch beschlossen wurde. Ein solcher Plan ist auch im 4. Bezirk vorgesehen und soll in nächster Zeit in allen Bezirken erstellt werden, in denen die ÖVP die Mehrheit besitzt. Aber auch die Bevölkerung in den anderen Bezirken hat Anrecht auf Schutz vor Katastrophen, "auch wenn sich dort eine sozialistische Mehrheit etabliert hat", erklärte Fürst und bemängelte, daß der Stadtentwicklungsplan den Zivilschutz mit keinem Wort erwähne.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

19 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Überblick über die Tätigkeit der Wiener Feuerwehr gab GR. Ing. RIEDLER (SPÖ). 1981 wurden 24.663 Einsätze - um 13 Prozent mehr als im vergangenen Jahr - durchgeführt. Es wurden Menschenleben gerettet und Sachschaden verhindert. Es wurden Mehrleistungen ohne wesentliche Personalaufstockung vollbracht. Die Wiener Feuerwehr legte bei ihren Einsätzen 691.000 km zurück. Das entspricht etwa 17 Erdumrundungen. GR. Riedler nannte die Einsätze von Montag, dem 28. Juni, 7 Uhr bis Dienstag 29. Juni, 7 Uhr: in diesen 24 Stunden wurden 88 Einsätze getätigt. 662 Mann sind mit 111 Fahrzeugen ausgefahren. Die Wiener Berufsfeuerwehrmänner müssen bei ihrer Aufnahme eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können. In diesem Berufszweig werden sie dann auch auf den Wachen eingesetzt. Zur weiteren Tätigkeit der Feuerwehr gehört die Ausbildung neuer Leute, die ständige Weiterbildung, sowie die Kommissionierung von Gaststätten, Hotels und Kaufhäusern. 1981 wurde die Ausrüstung weiter verbessert. Es wurden acht Drehleitern, ein geländergängiges Taucher-Vorausfahrzeug, zwei Geländelöschwagen, fünf Rüstlöschfahrzeuge sowie neue Atemschutzgeräte angeschafft.

Das Informationsbedürfnis der Wiener nach Neuigkeiten über die Stadt steigt. Immer wieder müssen vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien Prospekte nachgedruckt werden. Offensichtlich haben die Wiener vom Trommelfeuer der öVP-nahen Medien, die alles negativ darstellen, genug. Dies erklärt das verstärkte Bestreben der Wiener, sich positive Informationen zu holen. Die Mehrheit im Rathaus wird dafür eintreten, daß der Presse- und Informationsdienst so weiter arbeiten kann, wie bisher. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

20 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte die seiner Meinung nach mangelnde Grüngesinnung der Stadtverwaltung. Es genüge nicht, sagte Arthold, für ein grünes Wien Werbung zu machen und dann für Baumpflanzungen weniger Geld auszugeben, als die diversen Werbekampagnen kosten. Arthold forderte mehr Grün im dichtverbauten Gebiet und eine elastischere Haltung der Verwaltung bezüglich des Grüns in Innenhöfen. Zur Donauinsel bemerkte Arthold, daß erst die Einwände der Opposition den Wettbewerb Donauinsel veranlaßt habe, zum Laaer Wald, daß er ursprünglich auf die Initiative der ÖVP zurückgehe.

Die mangelnde Grüngesinnung, so Arthold, äußere sich in Baumschlägerungen, wie auf dem Eisenstadtplatz, die unter dem Deckmantel des technischen Fortschritts vorgenommen werden, ohne nach alternativen Lösungen zu suchen. Mangelnde Grüngesinnung sei auch die Ursache der übertriebenen Salzstreuung in den vergangenen Wintern gewesen. Arthold stellte den ANTRAG, in Straßen, in denen Bäume durch eine Salzstreuung gefährdet sind, ein generelles Salzstreuverbot zu erlassen und auf alternative Streumittel auszuweichen. In einem weiteren ANTRAG forderte Arthold - als Zeichen der Grüngesinnung - das Areal der sogenannten Steinhofgründe in den geschützten Wald- und Wiesengürtel einzubeziehen.

Arthold kritisierte weiter die generelle Rodungserlaubnis beim Alberner Hafen trotz noch nicht konkreter Ausbaupläne, die mangelnde Kooperation mit der Bevölkerung bei der Planung von Wohnstraßen und schließlich Koordinationsmängel mit den Bezirken bei der Erstellung eines Radwegenetzes. Für die Zukunft forderte er, in jede städtebauliche Überlegung den Grüngedanken miteinzubeziehen.

(Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt

=++++

21 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) wies in einer zweiten Wortmeldung auf ein Inserat des Presse- und Informationsdienstes im Rahmen der Grünkampagne in einer "Zeitschrift für Bürgerservice", die nur aus einem einzigen Blatt besteht, hin, auf dem gegen die Stadt Wien polemisiert wird. Die Vergabe dieses Inserats beweist Toleranz und tiefes Demokratieverständnis.

StR. SCHIEDER ging auf eine Reihe von aufgeworfenen Fragen ein. An Ausgaben für das Stadion waren im Budget 27 Millionen vorgesehen. Genau dieser Betrag wurde auch verwendet. In der Frage von Olympischen Spielen in Wien werden derzeit genaue Berechnungen durchgeführt. Sollte das Ergebnis positiv sein, so werde er sich dafür einsetzen, daß Wien Olympische Spiele veranstaltet, sagte Schieder.

In Straßen mit Bäumen wird es - wie bereits vor einiger Zeit angekündigt - ab kommenden Winter ein Salzstreuverbot geben. In der Frage des "sauren Regens" werden von der zuständigen Umweltschutzabteilung nicht erst seit heute entsprechende Untersuchungen durchgeführt.

Die Sammlung von Altbatterien in Geschäften gibt es bereits. Für Baum- und Grünpflanzungen wurden im vergangenen Jahr allein auf der Donauinsel 18 Millionen S ausgegeben. Baumschutz muß auch für Genossenschaften gelten, betonte Schieder.

Die Rodungsbewilligung im Bereich des Alberner Hafens erlaubt keineswegs eine "vorsorgliche" Abholzung, sondern nur Baumfällungen für ganz bestimmte, festgelegte Zwecke.

Der Zug des Dr. Busek, in dem noch viele Plätze frei sind, lädt die verschiedensten Gruppen und Grüppchen zum Einsteigen ein. Alle möglichen Zielbahnhöfe werden angegeben. Er hätte jedoch die Sorge, daß der Zug in Wirklichkeit ganz woanders hinfährt, schloß Schieder.
(Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Familie

=++++

22 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben ihrer Arbeit, zu helfen, zu stützen und zu fördern. Die Leistungen des Jugendamtes, als Anwalt der Jugend unserer Stadt, zeigen das Bemühen um die heranwachsende Generation. Es ist gelungen, durch vorbeugende Arbeit, durch Information und Beratung jungen Eltern zur Lösung ihrer Probleme zu verhelfen. 16.000 junge Mütter und Väter besuchten die 60 Mutterberatungsstellen. Die Sozialarbeiter betreuten 13.000 Kinder, Jugendliche und deren Familien. Und es ist gelungen, mehr Kinder als früher an Wiener Pflegefamilien zu vermitteln.

In den Heimen der Stadt Wien wurden grundlegende Veränderungen im pädagogischen und baulichen Bereich verwirklicht. Die pionierhaften Sozialeinrichtungen sind leider viel zu wenig bekannt.

Zur Bildungsfrage verwies Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner auf die Verhandlungen und Diskussionen der "7. SCHOG-Novelle". Das Ziel ist eine humane Schule, in der sich Kinder und Jugendliche sicher und geborgen fühlen, in der die Fähigkeiten und Eigenarten des Kindes berücksichtigt werden und in der eine Atmosphäre des Vertrauens, der Hilfsbereitschaft und der gegenseitigen Achtung herrscht.

Die gegenwärtige Unterstufe der AHS sei nicht in der Lage, diese Forderungen zu erfüllen. Die Ablehnung der neuen Mittelschule sei ihr daher unverständlich. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Familie

++++

23 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Eine weitere Aufgabe ihres Ressorts sei die außerschulische Bildung. Die städtischen Büchereien konnten 1981 100.000 Leser und drei Millionen Entlehnungen registrieren. Die Volkshochschule verzeichneten 100.000 Kursteilnehmer und 720.000 jährliche Besucher. Das Landesjugendreferat konnte 2,100.000 Buben und Mädchen betreuen.

"Zu unseren Aufgaben gehört aber auch das Ermöglichen alternativer Einrichtungen. Daß wir auf dem richtigen Weg sind, beweist die Entwicklung der Arena und des Amerlinghauses. Allerdings hat die Gassergasse den schweren Lernprozeß bis jetzt noch nicht bewältigt."

Die Probleme von kritisch eingestellten Minderheiten dürften nicht isoliert von der Mehrheit gesehen werden. Es ist wichtig, die Motive und Ursachen zu verstehen, denn die junge Generation von heute ist die gestaltende Generation von morgen.

Erfolgreich verlief 1981 der Fremdenverkehr. Hotellerie und Gastronomie haben dem Trend zur Qualität verstärkt Rechnung getragen. Großzügige Subventionen im Kulturbereich haben Wien zu einer der attraktivsten Kulturstätten Europas werden lassen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Familie

=++++

24 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KUCHAR (FPÖ) sagte, daß ein Grund für Minderausgaben im Jahre 1981 bei Einsparungen für Lehrer (mehr als 300 Millionen) zu suchen ist. Das beunruhige einen Schulpolitiker, weil es schwierig ist, wieder zur ursprünglichen Ausgabenhöhe zurückzufinden, wenn einmal weniger ausgegeben wurde. Aber auch für die Schulgebäude wurde weniger investiert. Kuchar trat weiter für eine bessere Berufsschulbildung und eine Intensivierung der Allgemeinbildung in den Berufsschulen ein.

Wichtiger als ein Streit um Gesamtschule, Hauptschule und AHS sei eine innere Schulreform, sagte Kuchar weiter. Dafür wären die nun eingesparten Budgetmittel unbedingt notwendig gewesen. Bei der inneren Schulreform müsse das Stoffangebot zugunsten einer besseren Präsentation verringert werden. Es müsse aber auch ein besseres Schulklima durch mehr Veranstaltungen in den Schulen geben und es sollte überlegt werden, wo die optimale Schulgröße liegt.

In Stadtrandsiedlungen gebe es eine besonders hohe Zahl an Rückstellungen von Schulanfängern, stellte Kuchar fest. In der Großfeldsiedlung etwa seien es 20 Prozent. Gegen eine Diskriminierung dieser Menschen sollte man schon vor ihrem Eintritt in die Schule etwas tun. Auch der große Anteil fremdsprachiger Schüler (teilweise bis 60 Prozent) mache in Wien zu schaffen. Mehr Lehrer sollten eingesetzt werden. Kuchar setzte sich auch mit einer intensiveren Nutzung der Schulgebäude, Verbesserungen bei der Schulmilch-Aktion und verstärkter Werbung für städtische Büchereien auseinander. Maßnahmen seien notwendig, damit Studenten nicht unbedingt während des Sommers aus dem "Haus Döbling" ausziehen müssen. Vorbildlich sei die außerschulische Jugendbetreuung, ergänzte Kuchar. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Familie

=++++

25 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Den Wiener Familien wurden während der 12 Jahre SPÖ-Alleinregierung rund 30 Milliarden S aus dem Wiener Familienlastenausgleichsfonds vorenthalten, kritisierte GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Die finanzielle Lage der jungen Familien wird immer schlechter. Die Belastungswelle rollt, Arbeitsplätze sind unsicher geworden. Ein Konzept für die Lösung dieser Probleme fehlt. Viele junge Familien fürchten um ihre Existenz. Die Zahl der Lehrstellen hat sich um fast 30 Prozent erhöht. Sonderschüler oder Behinderte bleiben auf der Strecke. Für viele junge Familien bietet die Großstadt auch nicht das, was sie sich für ihre Kinder wünschen. Vor allem in den innerstädtischen Bezirken gibt es zu wenig Grünflächen und Kinderspielplätze. Sandkisten sind ungeschützt, die Spielplätze liegen in exponierten Lagen.

Lobend hob GR. Maria Hampel-Fuchs die Aktion Tagesmütter hervor. Bedauerlicherweise gibt es keinen weiteren Ausbau des Projektes. Die Kinder sollen wieder mehr mit der Natur vertraut werden.

Hampel-Fuchs BEANTRAGTE daher namens ihrer Fraktion, daß das brachliegende landwirtschaftliche Gebiet auf dem Wilheminenberg, das sich im Eigentum der Gemeinde Wien befindet, als Kleinbauernhof für Lehrzwecke aller Wiener Schulen ausgebaut wird. Wien sei bisher noch immer nicht kinder- und familienfreundlicher geworden. (Forts.)

ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Familie

=++++

26 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) wies auf das weite Spektrum schulischer Bildung und Ausbildung hin, das die Stadt Wien anbietet. Strangl vermerkte besonders die steigenden Teilnehmerzahlen von Volkshochschulkursen, die vor allem der beruflichen Fortbildung dienen.

Mit Klassenschülerzahlen weit unter der Höchstzahl sorgt die Stadt Wien bereits in den Volks- und Hauptschulen für eine gute Ausbildung. Mit 11,3 Schülern pro Lehrer wurde bei den Sonderschulen ein Stand erreicht, der eine intensive Beschäftigung mit Problemkindern erlaubt. Auch die sprachliche Förderung der Gastarbeiterkinder ist in diesem Sinn zu sehen.

Zum Lehrstellenproblem sagte Strangl, daß hier gewisse Probleme bestehen, jedoch kein Anlaß zur Panik ist. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer gediegenen Ausbildung an den Berufsschulen hin. Mit stark steigenden Investitionen auf dem Berufsschulsektor (1982 515 Millionen) trägt die Stadt Wien das ihre dazu bei, diesen Schultyp den Anforderungen der Zeit anzupassen. Trotz den Verbesserungen an den bestehenden Berufsschulen ist der Bau einer 5. Berufsschule in Wien anzustreben. Strangl wies auch auf die Konzentration auf wenige Berufsgruppen hin. Hier gilt es, auch auf andere Berufe aufmerksam zu machen. Die Fachkräfte, die die Wirtschaft in den kommenden Jahren braucht, sind die Lehrlinge von heute, sagte Strangl. Es wäre daher wünschenswert, daß mehr als 60.000 von 200.000 Betrieben Lehrlinge aufnehmen. Zur Lage der Behinderten meinte Strangl, daß man auch Private dazu bringen muß, Behinderte aufzunehmen. Weiter sollen verschiedene Aktionen die Beschäftigungslage bei den Behinderten verbessern. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Familie

=++++

27 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gebäudekomplex in der Mollardgasse ist Symbolträger für die Wiener Berufsschulen und trägt sehr wesentlich zu ihrem Image bei, sagte GR. TRAINDL (ÖVP). 3.000 Lehrlinge aus dem Kraftfahrzeugbereich besuchen diese Berufsschule. Die Zustände in den Werkstätten lassen einen zeitgemäßen Unterricht jedoch nicht mehr zu. Da in dem vorhandenen Gebäude aus technischen Gründen keine Abhilfe geschaffen werden kann und auch andere Sparten in der Mollardgasse unter Raumnot leiden, erscheint die Errichtung eines neuen Berufsschulgebäudes für die KFZ-Lehrlinge erforderlich. Die Absiedlung dieser Berufsschulen aus der Mollardgasse brächte für insgesamt 10.000 Lehrlinge eine spürbare Erleichterung. Seit über einem Jahrzehnt wird in den Mollardschulen permanent mit zu geringer Kapazität umgebaut. Die Höhe der zur Zeit budgetierten Mittel läßt befürchten, daß diese den Unterricht störende Situation noch ein weiteres Jahrzehnt dauern wird. TRAINDL brachte den ANTRAG ein, für die KFZ-Lehrlinge so rasch wie möglich ein fünftes Zentralberufsschulgebäude zu errichten und die Budgetansätze für die Modernisierungsarbeiten im ersten Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse sowie für die Errichtung des Zubaus im zweiten Berufsschulgebäude in der Hütteldorfer Straße so zu erhöhen, daß eine rasche Fertigstellung dieser Arbeiten gewährleistet wird. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Familie

=++++

28 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Tatsache, daß die Ausgaben für Sozialhilfe gestiegen sind, sei beunruhigend, sagte GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP). Es sei dies ein Ausdruck für das Steigen der Armut besonders der kinderreichen Familien.

Die Rednerin beschrieb die Situation einer Familie in der Familienherberge in der Gänsbachergasse. die 6-köpfige Familie lebt auf 30 Quadratmeter, für 300 Personen gibt es zwei Gemeinschaftsküchen und fünf Duschen im Haus. "In keinem Gefängnis habe ich ein so bedrückendes Gefühl gehabt wie in dieser Familienherberge".

Es deutet nichts darauf hin, daß die Sozialisten den Ernst der Situation erfaßt haben. In Wien leben 180.000 Menschen in Armut, es sind dies vor allem Alte, Kleingewerbetreibende, alleinstehende Mütter und Mehrkinderfamilien. Acht Prozent der Wiener Familien konnten im Vorjahr die Fernheizung nicht mehr bezahlen, bei 10.000 mußte die Gas- und Stromzufuhr wegen Zahlungsunfähigkeit gesperrt werden. Die gestiegenen Mieten, die Tariferhöhungen und der Erhaltungsbeitrag wird weitere Familien treffen. Die Zahl der Obdachlosen steigt.

GR. Flemming bedauerte den Kompetenzwechsel der Familienherbergen. Zuständig seien die Stadträte HATZL für die baulichen Angelegenheiten, STACHER für die Fürsorge und Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER für die Jugend- und Kinderprobleme. GR. Flemming bedauerte, daß in der Familienherberge Gänsbachergasse auch ein Kinderhort gesperrt wurde.

Es müsse darum gehen, Mitbürgern, die unverschuldet in Not geraten sind, zu helfen. Vielleicht könne man auch zum Abbruch bestimmte Althäuser der Stadt Wien den Familien vorübergehend zur Verfügung stellen. Als Modell biete sich auch eine Einrichtung aus Vorarlberg an, das "Haus der Familie in Not", das von einer Privatinitiative getragen wird. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Familie

=++++

29 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) sprach über die Schwierigkeiten der Sozialarbeit und den notwendigen Einsatz und das Verantwortungsbewußtsein der Sozialarbeiter. GR. Dr. Marilies FLEMMING warf er vor, Fragen aufgeworfen und in Unterstellungen Antworten gegeben zu haben - das sei nicht der richtige Weg, Probleme zu lösen. "Wir sollten zusammenarbeiten, um die zutiefst menschlichen Probleme gemeinsam einer Lösung zuzuführen, sagte Hanke. Ein Versuch, Probleme zu bewältigen, werde auch in der Gänsbachergasse geleistet. Man sollte nicht mit einem politischen Sperrfeuer die Situation der Sozialarbeiter verschlechtern und dazu beitragen, Verwirrung zu schaffen.

Hanke berichtete sodann über einen Hausbesitzer, der eine Frau delogieren möchte und es zuerst mit dem Motiv "Eigenbedarf", dann mit überhöhten Belastungen versuchte. "Stimmt es, daß dies Abgeordneter DDr. KÖNIG ist?" fragte Hanke und sagte, es wäre schön, wenn Politiker mit gutem Beispiel vorangingen.

Der Rechnungsabschluß spiegle in dem gegenwärtig diskutierten Sachbereich das "Jahr des Kindes" wider. Er zeige die Hilfestellung für Kinder, für jene, die nicht in intakter Familie und Geborgenheit leben können, führte Hanke weiter aus. Er schilderte dann die positive Entwicklung bei der Aufnahme von Kindern in Pflegefamilien und stellte dar, daß die meisten Kinder in der gewohnten Umgebung bleiben können. In einer neu gegründeten "Arbeitsgemeinschaft Pflegeeltern" arbeiten Organisationen der verschiedensten weltanschaulichen Richtungen zusammen, Polemik gebe es nicht. Eine IFES-Studie mache deutlich, daß auch eine günstige Entwicklung bei der Integration behinderter Kinder in Kindergärten eingetreten ist. Grundsätzlich werden die Kindergärten von den Eltern äußerst positiv beurteilt. (Forts.) an/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Familie

=++++

30 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) teilte mit, daß ÖVP-Abgeordneter DDr. KÖNIG einer Frau zwei Ersatzwohnungen angeboten habe. Diese wurden abgelehnt, die Frau möchte sich delogieren lassen, um eine Gemeindewohnung zu bekommen.

Die Arbeiten an den Berufsschulen gehen termingerecht weiter, stellt Stadtrat HATZL (SPÖ) fest. Zur Herbergensituation teilte Hatzl mit, daß die Insassen zum Teil wieder in Gemeindewohnungen untergebracht werden. 1981 wurden 82 Familien in den Familienherbergen aufgenommen. 76 Familien erhielten Wohnungen, 31 davon konnten Gemeindewohnungen beziehen. Im heurigen Jahr wurden 13 Familien aus der Herberge in Gemeindewohnungen untergebracht. 250 Familien, die aus Privathäusern delogiert wurden, erhielten ebenfalls Gemeindewohnungen.

1981 gab es bei der Stadt Wien 290 Delogierungen, 1982 120 Delogierungen. Das entspricht etwa einem halben Promille der Wohnungsanzahl. Bei mehr als zwei Drittel aller Fälle handelt es sich um sogenannte Verlassenschaftsdelogierungen, das heißt um Delogierungen von Angehörigen, die nach dem Tod eines Verwandten dessen Wohnung unrechtmäßig bezogen haben.

Eine weitgehende Lösung des Herbergenproblems könne er sich vorstellen, wenn einzelne Hausherrn die Bewohner nicht mit Gewalt aus ihren Wohnungen zu vertreiben versuchen, sagte Hatzl. Aus menschlichen Problemen sollte in einem Debattenbeitrag kein politisches Kapitel geschlagen werden. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Familie

=++++

31 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER nahm zu verschiedenen Aussagen ihrer Vorredner Stellung. So sagte Fröhlich-Sandner, die Tatsache, daß es keine Einsparung bei den Lehrern gegeben hat, ist schon daraus ersichtlich, daß die Klassenschülerzahl in Wien noch nie so niedrig war wie im letzten Jahr.

Sandner bekannte sich dazu, durch Schulformen mit neuen Inhalten den Kindern mehr Chancen als bisher zu bieten. Als Pionierleistung bezeichnete sie die Betreuung der fremdsprachigen Schüler in Wien

Zur Frage der Nutzung der Schulgebäude sagte sie, daß es keine Schule in Wien gibt, die nicht auch zusätzlich genützt wird. Die angesprochenen Schwierigkeiten im Studentenheim der Stadt Wien rühren daher, daß die Studenten, die 900 Schilling pro Zimmer zahlen, nicht bereit sind, wie etwa die Lehrlinge 1.500 Schilling zu zahlen.

Sandner betonte die Leistungen der Bundesregierung, die viele Wünsche auf dem Schulsektor erfüllt hat und die gute Stellung Österreichs auf dem Gebiet des Sozial- und Bildungswesens.

Zum Bereich der Berufsschulen sagte sie, daß man derzeit damit beginnt, alte Gebäude durch neue zu ersetzen und daß noch nie so viele Mittel wie jetzt für Berufsschulen ausgegeben wurden.

Zur aufgeworfenen Debatte um die Gänsbachergasse bemerkte Sandner, daß auch die SPÖ diesbezüglich viele Briefe erhalten hat. Sie betonte, daß die Stadt Wien ein soziales Hilfsnetz besitzt, wie keine andere österreichische Stadt. Viele Aktionen - so Sandner - verwandeln sich im Zuge der Realisierung in ÖVP-Anträge. So auch die Forderung, kommunale Althäuser jungen Familien zur Verfügung zu stellen, die bereits verwirklicht wurde. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

32 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Solange wirtschaftliches Wachstum und Konsum zu ausschließlichen Maximen erklärt werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Stillstand oder Rezession Urängste wecken, sagte Stadtrat Prof. Dr. ZILK (SPÖ). Ein Umdenken erscheint heute notwendiger denn je. Es zeugt von unendlicher Kurzsichtigkeit, einerseits den Materialismus zu beklagen, andererseits aber bei jeder Krise den geistigen und kulturellen Bereich als zweitrangig zurückschrauben und gerade auf diesem Gebiet sparen zu wollen, wie dies gegenwärtig in den USA und in Großbritannien, aber auch in anderen Ländern geschieht. Gerade in einer Zeit der Krise und des Umbruchs brauchen wir Kunst und Kultur. Eine aktive Kulturpolitik muß die geistige Auseinandersetzung suchen, um Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu finden: Wie lassen sich Egoismus, Gewalt und Machtdenken zurückdrängen? Was können wir gegen den Hunger in der Welt und gegen die Zerstörung von Lebensraum tun? Wie sichern wir den Frieden? Antworten darauf sind nicht nur in der großen Politik, sondern vor allem auch in unserem täglichen Lebensraum zu suchen.

Eine humane Existenzsicherung beschränkt sich nicht auf die materielle Vorsorge. Wir müssen dafür sorgen, daß das Grundrecht auf Arbeit gewährleistet ist. Ebenso wichtig ist es aber, daß die Millionen Menschen, die schwer arbeiten, ein Recht auf Kunst und Kultur haben. Kunst und Kultur müssen ein Anrecht und ein Angebot für alle, nicht nur für eine privilegierte Minderheit sein. Ohne Kultur gibt es kein Selbstbewußtsein und keine Identität, ohne Identität aber auch keinen dauerhaften sozialen Frieden. Eine konstruktive Gesellschaftspolitik ist deshalb ohne eine demokratische Kulturpolitik nicht möglich. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

33 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In der Fortführung einer demokratischen Kulturpolitik sehen wir auch unser Programm für die 80er-Jahre, sagte Zilk. Für die Kultur standen und stehen in Wien auch in dieser Zeit des Sparens Mittel zur Verfügung. Wir haben - im Gegensatz zu anderen Ländern - nicht am falschen Platz gespart. Während zum Beispiel in der BRD ein Theatersterben im Gange ist, wurden bei uns Millionen Theaterkarten verkauft. In den Theatern gab es damit mehr Besucher als auf den Sportplätzen.

Kultur ist auch ein nicht zu unterschätzender Faktor der Wirtschaft und der Arbeitsmarktpolitik. Nicht zuletzt kommt der Kultur auch im Hinblick auf den Fremdenverkehr große Bedeutung zu.

Die Demokratisierung der Kultur erfordert, daß Kulturpolitik nicht verordnet werden darf, sondern die vorhandene schöpferische Phantasie wecken soll. In diesem Sinne wurde die Kulturarbeit von den traditionellen Veranstaltungsstätten hinausgetragen. Der Bezirkskulturarbeit und der Stadtteilkulturarbeit kommt in diesem Sinne größte Bedeutung zu. Die ständig steigenden Besucherströme rechtfertigen unsere Arbeit, betonte Zilk.

Im Rahmen der Altstadterhaltung und -pflege wurden in den vergangenen Jahren fast 1.500 Objekte - dies entspricht der Anzahl der Häuser im 1. Bezirk - mit fast einer halben Milliarde Schilling gefördert.

Wien ist heute eine der kulturell lebendigsten Städte in Mitteleuropa. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

34 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte einleitend, daß der Budgetanteil für Kunst und Kultur nur 1,1 Prozent des gesamten Ausgabenrahmens ausmache. Wenn Wien den Anspruch erhebt, eine der bedeutendsten Kulturstädte zu sein, wird sie auf Grund der Budgetierung diesen Anspruch verlieren können.

Aus einer Studie über die soziale und ökonomische Situation der bildenden Künstler Wiens geht hervor, daß viele der hochbegabten Menschen sich von Kunst allein nicht erhalten können. Es gibt eine erschreckende Armut. Hier bietet sich ein neues Aufgabengebiet der Kulturpolitik an. Die großen erfolgreichen Veranstaltungen, etwa die Wiener Festwochen, dürfen den Blick für die sozial triste Lage vieler Künstler nicht trüben.

Er habe wenig Verständnis dafür, wenn Millionenbeträge an etablierte Künstler gegeben werden. Das Künstlerehepaar Leherb müsse aufgefordert werden, jene zwei Millionen zurückzuzahlen, die als Kaufunterstützung für ein Haus in der Wiener Innenstadt zur Verfügung gestellt wurden; dieses Haus sei von diesen Künstlern mit Gewinn weiterverkauft worden.

Zwischenruf von StR. ZILK: "Wir haben ihn erreicht, er muß zahlen!"

GR. PAWKOWICZ begrüßte diese Feststellung. Der freiheitliche Redner forderte StR. Zilk auf, bekanntzugeben, was mit dem Wotruba-Atelier in der Rustenschacherallee konkret geschehen wird. Er könne sich vorstellen, dieses als Starthilfe jungen Künstlern zu überlassen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

35 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. MAUTHE (ÖVP) begrüßte es, daß StR.ZILK einige grundsätzliche Anmerkungen zur Kulturpolitik gemacht habe. Es sei der ehrliche Versuch gewesen, Kulturpolitik über die Parteigrenzen hinaus darzustellen und eines Bürgermeisterkandidaten nicht unwürdig. Die ÖVP trete sicher nicht für die Kürzung des Kulturbudgets ein. Mauthe erinnerte aber daran, daß die Kultur etwas sehr Sensibles, ständig Gefährdetes sei. Und neuerdings hänge über ihr das Damoklesschwert, das in den Werkstätten StR. WURZERS geschmiedet werde.

Einige Paragraphen der Bauordnung nämlich sollen geändert werden. Hatte es bisher geheißen, daß Neubauten oder Änderungen von Altbauten in Schutzzonen stilgerecht erfolgen müßten, gebe es in der Neufassung nur die vage Formulierung der Anpassung an den Charakter der umliegenden Gebäude. Mit der Einführung des Begriffs Charakter aber sei dieser Paragraph charakterlos und zu einem Wurzer'schen Gummiding geworden. Dabei verlange keinesfalls die Öffentlichkeit eine neue Bauordnung, sondern nur die Riege der älteren Architekten. Mauthe stellte die Frage, ob Wurzer gegen das öffentliche Interesse handeln dürfe, nur weil es eine kleine Gruppe wolle.

Lobend dagegen äußerte sich Mauthe über das in der Wiener Parteienlandschaft erstaunliche Mirakel Altstadterhaltungsfonds, in dem es bisher nur einstimmige Meinungen und hervorragende Arbeit gegeben habe. Von Zilk wollte Mauthe wissen, wie es um die Rettung einiger erhaltenswürdiger Großprojekte mit Hilfe der BAWAG stünde, sowie um die Rettung des Messepalastes (laut Mauthe ein Schandfleck der Kulturpolitik), des Ronachers sowie um die Sanierung der Umgebung des Rathauses. (Forts.) rö/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

36 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER sagte an die Adresse von StR. MAUTHE, dieser sei ein einzelner Bewohner und nicht die Bevölkerung. Es stehe außer Streit, daß die Vergangenheit ebenso ihr Recht wie die Zukunft hat. "Jede Großstadt lebt von dem Prozeß, das zu ändern, was zu ändern ist, um die Zukunft zu bewältigen, um das zu bewahren, was echte Tradition bedeutet und eine Stadt zur Heimat macht", formulierte Wurzer. Wenn Wien immer auf das gehört hätte, was Kritiker sagten, wäre es nicht jene Attraktion geworden, die sie heute ist. Man dürfe nicht aus der Sicht der Kritiker sehen, sondern müsse den Gesichtspunkt der Architekten wählen, deren Ringen um neue Formen wir das heutige Stadtbild verdanken. Er zitierte den heute unbestrittenen Architekten Otto Wagner, der verlangt hatte, alles Moderne aus dem neuen Material und den Anforderungen der Gegenwart entsprechend zu bauen, wenn es zur modernen Menschheit passen soll.

GR. Gertrude MARCHFELD (SPö) führte aus, in einer traditionsreichen Stadt wie Wien sei es notwendig, das Vergangene zu bewahren und mit den Leistungen der Gegenwart zu verbinden. Sie berichtete weiters über die Auflage des neuen Stadtabonnements für den günstigen Besuch der Bundestheater. Das Straßentheaterfestival sei erfolgreich. Die Renovierung mehrerer Theater ist abgeschlossen bzw. in Durchführung. Wesentliche Teile von Förderungsausgaben entfallen auf Kirchen, Kapellen und Pfarren. Die Revitalisierung des Margaretenhofes macht gute Fortschritte. Marchfeld erläuterte die Notwendigkeit, das Erscheinungsbild von Gebäuden zu erhalten - hier habe bereits ein positiver Umdenkprozeß begonnen. (Als GR. Marchfeld von einem Hustenanfall unterbrochen worden war, referierte GR. Gertrude STIEHL den Rest ihres Debattenbeitrages). Die Innenrestaurierung der Cafes Sperl und Landtmann lasse eine alte Wiener Tradition weiterleben. Abschließend gab Stiehl einen Überblick über Aufgaben und Leistungen des Bürgerdienstes. (Forts.)
and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

37 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Fremdenverkehr ist ein Stiefkind des Gemeinderates, bedauerte GR. SCHNEIDER (ÖVP). Nicht einmal seine Zuständigkeit ist klar. Trotzdem konnte 1981 eine positive Entwicklung des Fremdenverkehrs mit 4,7 Millionen Nächtigungen verzeichnet werden. Der Stadtverwaltung fließen daraus Steuern in der Höhe von 893 Millionen zu. Im Rechnungsabschluß ist jedoch kaum ein Posten, der für den Fremdenverkehr verwendet wurde, zu finden. Es ist notwendig, für den Fremdenverkehr zu investieren. Für die Verantwortlichen der Wiener Wirtschaft ist die Werbung für den Fremdenverkehr ein echtes Anliegen. Sein gutes Abschneiden ist dieser Werbung zu verdanken.

Wenn Wien seinen guten Ruf als Kongreßzentrum weiterbehalten will, benötigt es kein neues Kongreßzentrum am Stadtrand, sondern soll seine bisher gegebenen Möglichkeiten im Stadtzentrum nützen. Wie aus einer Befragung hervorgeht, ist gerade der Kongreßort Hofburg für die Teilnehmer besonders reizvoll. Wien braucht daher kein neues Kongreßzentrum. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

38 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) warf Kulturstadtrat Dr. Zilk Kompetenzüberschreitungen in den Bereich der Jugendpolitik vor. Mit dem WUK, dem Rockhaus und dem Stadtkino fördere Zilk ähnliche Projekte wie Sandner. Oft seien es dieselben Personen, die ressortüberschreitend hier und dort zu finden seien.

Dem WUK warf Prochaska vor, geschlossene Tore für das Ideencafé von pro Wien zu haben, der jungen SPÖ aber Unterkunft zu bieten. Das Stadtkino biete um viel Geld ein ähnliches Programm wie zwei privat geführte Alternativkinos.

Mit hohen Subventionen, so Prochaska, förderten sowohl Sandner als auch Zilk die Anliegen von eklatanten Minderheiten und versuchten so, sich von Jugendproblemen loszukaufen. Abschließend forderte Prochaska die Einhaltung von Kompetenzen und das Setzen von Wertigkeiten in der Kulturpolitik. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

39 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Er habe den Eindruck, sagte GR. DKfm. Dr. AIGNER (SPÖ), daß die Opposition offenbar darunter leide, daß in Wien die Jugendfrage bisher gut gelöst werden konnte und Ereignisse wie in anderen europäischen Großstädten verhindert wurden. In Wien hat sich in den letzten Jahren eine kulturelle Vielfalt herausgebildet, die ihresgleichen sucht. Der Umstand, daß es in Wien zwei eigene Programmzeitschriften gibt, zeigt, wie viel in Wien los ist.

Das Direktsatellitenzeitalter in Europa begann mit der Liveübertragung einer Festwochenproduktion aus Wien.

7 Millionen Menschen besuchen jährlich die Theater, die Opernhäuser, Konzerte und Museen.

Der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget beträgt ca. 1,4 Prozent und ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. 95 Prozent der Beschlüsse im Kulturausschuß wurden einstimmig gefaßt. Dies zeigt, daß die Kulturpolitik in Wien in Wirklichkeit weitgehend unbestritten ist. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

40 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. KAUER (ÖVP) erklärte sich damit einverstanden, daß für die Kultur mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Kauer trat für eine bessere Ausnützung des vorhandenen Theaterraumes und für die Auflage ein, daß die mit Subventionen errichteten Spielstätten auch anderen Gruppen zur Verfügung stehen müssen. Ein Weg dazu wäre die Aufstellung eines Spielstättenkatasters.

Der Verkauf von Bildbeständen, etwa der Arthotek, könnte Mittel für eine zusätzliche Förderung junger Künstler bringen.

Zum Wiener Volksbildungswerk sagte GR. KAUER, seine Fraktion habe vor einem Jahr die Mitarbeit angeboten, bis jetzt gibt es darauf keine Reaktion. Mit der Übernahme von Spielstätten hat das Volksbildungswerk seinen eigentlichen Wirkungskreis weit überschritten.

Während des Debattenbeitrages von GR. KAUER kam es zu einem Zwischenfall. GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) nahm auf Anforderung des Vorsitzenden GR. MAYRHOFER (SPÖ) den Zwischenruf "Blöder Kerl" zurück. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

41 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat Dr. ZILK nahm zu den Beiträgen seiner Vorredner Stellung. Auf Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ eingehend, sagte Zilk, auch ihm sei die Lage der bildenden Künste in Wien ein Anliegen. Mit den Beschlüssen zur Kunst am Bau sei ein erster Schritt getan, den Künstlern zu helfen. Zur Frage der Rückzahlung der Gelder aus dem Altstadterhaltungsfonds durch die Familie Leherb sagte Zilk, daß er sich natürlich dafür einsetzen werde. Das von Pawkowicz angesprochene Wotruba-Atelier soll nach Lösung der Rechtsprobleme der Hochschule für angewandte Kunst zur Verfügung gestellt werden.

Die von StR. MAUTHE kritisierte Novellierung der Bauordnung für Altstadtgebiete stehe, so Zilk, noch zur Diskussion. Mit der Renovierung des der BAWAG gehörenden Hochholzerhofes werde noch heuer begonnen werden. Zur Frage nach dem Ronacher sagte Zilk, daß es immerhin vor dem Abbruch gerettet werden konnte und nach langwierigen Verhandlungen eine Nutzung als Mehrzweckgebäude unter Wahrung der denkmalpflegerischen Anliegen in Aussicht stehe. Im übrigen sei das Ronacher ein Privathaus, die Stadt Wien habe sich als städtebauliches Anliegen darum gekümmert. Zilk begrüßte, daß die ÖVP nun endlich der Meinung sei, daß man im Messepalast ein Kulturzentrum einrichten solle. Nach dem endgültigen Beschluß, das Konferenzzentrum zu bauen, stehe einer Ideendiskussion und einer darauffolgenden entsprechenden Ausschreibung nichts mehr im Wege. Zwischen der Stadt Wien und den zuständigen Ministerien herrsche Einigkeit darüber, den Messepalast einer kulturellen Nutzung zuzuführen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

42 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Den Vorwürfen von GR. PROCHASKA (ÖVP) er, ZILK überschreite seine Kompetenzen in Richtung Jugendpolitik, hielt Zilk entgegen, daß es keinen Grenzbegriff zwischen Jung und Alt gibt. Zilk wies darauf hin, daß sich gerade im WUK viele ältere Leute betätigen, die ein vernünftiges Programm erstellen und keine Konflikte mit der Umwelt verursachen. Zilk wies es als unfair zurück, von GR. Prochaska in ein Nahverhältnis von Chaoten gebracht worden zu sein und bemerkte, daß beim Stadtfest der ÖVP der Einsatz der Polizei den ganzen Nachmittag lang notwendig gewesen sei. Was die Frage der Subventionen betreffe, so habe das der ÖVP nahestehende Metropol in den Jahren 1981 und 1982 insgesamt 2,2 Millionen Schilling erhalten, was ebenso viel sei wie das von Prochaska kritisierte Stadtkino bekommen habe.

Mit Mag. KAUER stimmte Zilk in der Frage des Spielstättenkatalogs überein. Keine Übereinstimmung gebe es in der Frage des Verkaufs der der Stadt Wien gehörigen Bilder, da dies zu einer Zerstörung des gewerblichen Bilderhandels führen würde. Kauer's Vorwurf, er habe von den Theateraktivitäten des Volksbildungswerkes nichts gewußt, wies Zilk zurück. Kauer sei sehr wohl informiert worden. Zur Frage der freien Gruppen sagte Zilk, daß er deren Unterstützung als seine Aufgabe ansehe, er den bestehenden Theater jedoch keine neuen hinzufügen wolle. Die freien Gruppen können bereits jetzt im Zentrum Petersplatz spielen. Ähnliche Regelungen werden für das Musikhaus in Simmering und für die Koppreiterremise bei deren Ausbau angestrebt. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

43 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Den vor allem Stadtbildprobleme betreffenden Fragenkatalog von Mag. KAUER, beantwortete Stadtrat Zilk wie folgt:

Am Judenplatz sind Bauarbeiten im Gang, die Anliegen des Altstadtreferates bleiben gewahrt.

Die Bemalung der Flaktürme ist ein gemeinsames Anliegen, es gibt aber auch eine geteilte Meinung unter der Bevölkerung.

Beim Palais Harrach besteht Aussicht auf einen Beginn der Bauarbeiten im Lauf des Winters.

Beim Neugebäude wurde noch kein Ansatzpunkt zur Finanzierung der notwendigen 100 bis 150 Millionen gefunden. Es sollen zunächst Sicherungsarbeiten vorgenommen werden, die den weiteren Verfall vorbeugen.

Die Öffnungszeiten der Museen sind wegen der Personalfrage ein Problem, es gibt erste Erfolge.

Große Ausstellungen wie die derzeit laufende "Von El Greco bis Goya" wurden nach Wien geholt.

Bemühungen um das Rathausviertel sind im Gang. Die Kernfrage ist die Beseitigung der in den Arkaden stehenden Autos.

Die jetzt zur Ausführung kommende Lösung beim Sünnhof kommt dem +enkmalschutz maximal entgegen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Kultur

=++++

44 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In einer tatsächlichen Berichtigung stellte GR. KAUER (ÖVP) fest, es sei längst durch die Polizei geklärt, daß die zwanzig Festnahmen nicht im Bereich des Stadtfestes, sondern nach einem Fußballmatch erfolgten. Auch die Verwendung von Fixiermessern durch Jugendliche sei nicht im Bereich des Stadtfestes erfolgt. Kauer kritisierte weiter die Gegenüberstellung von Metropol und Stadt kino, da letzteres um 100 Prozent mehr Subventionen erhalten habe.

StR. ZILK replizierte darauf, daß Metropol sei dankenswerter Weise aus Parteigeldern gekauft worden. Die Subventionssumme der Stadt Wien sei aber die gleiche gewesen. Zum Stadtfest meinte Zilk, er habe nur von den aus den Polizeiakten hervorgehenden Festnahmen im Bereich des Festes gesprochen.

GR. GAWLIK (SPÖ) erläuterte an Hand des "Duden" unter Hinweis auf die Ausführungen von GR. Mag. Mag. KAUER (ÖVP), daß "präpotent" nicht nur "überlegen", sondern österreichisch auch "überheblich" bedeutet. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Personal

=++++

45 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) StR. NEKULA (SPÖ) berichtete, daß bei der Wiener Stadtverwaltung 60.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Ein Drittel davon ist im Bereich sozialer Dienste tätig, 14.000 sind bei den Stadtwerken eingesetzt. Nur 5.500 sind Verwaltungsbeamte, wie etwa in der Finanzverwaltung. Im Jahr 1981 entfielen die Personalaufstockungen in erster Linie auf Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen und dergleichen. 9.000 Krankenschwestern arbeiten gegenwärtig in Wiener Spitälern, 190 fehlen laut Dienstpostenplan, tatsächlich beträgt der Unterstand jedoch 400 (zum Beispiel wegen Karenzurlaub). Von den 4.600 Ausländern im Dienst der Stadt Wien sind 1.300 Krankenschwestern. Nekula wies auf die Bedeutung der Lehrlingsausbildung angesichts der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt hin: die Stadt Wien bildet insgesamt 4.100 Lehrlinge, Krankenpflegeschüler usw. aus.

Für überdurchschnittliche Leistungen wurden im abgelaufenen Jahr an 8.493 Mitarbeiter 12,5 Millionen Schilling an Remunerationen ausbezahlt.

Der "lange Donnerstag", als Serviceleistung für die Wiener Bevölkerung gedacht, setzt sich nur zögernd durch.

Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung ermöglichte, 600 Dienstposten nicht mehr neu zu besetzen, und die Durchführung der direkten Demokratie in der praktizierten Weise ist nur durch den Einsatz dieses technischen Hilfsmittels möglich. Bei den Verkehrsbetrieben konnten innerhalb von zehn Jahren 4.400 Dienstposten eingespart werden.

In Nekulas Ressort wurden das Baulärmgesetz und das Luftreinhaltegesetz beraten, die Bauordnungsnovelle steht in Diskussion, und es wird versucht, die Hausprostitution zu regeln. Jagdgesetz und Landarbeitergesetz werden dem Landtag zugeleitet.
(Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Personal

=++++

46 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) setzte sich eingehend mit der Notwendigkeit, Regelungen für die Wohnungsprostitution zu finden, auseinander. Die Menschen, die sich ständig Belästigungen gegenüber sehen, warten dringend auf eine Hilfe des Landesgesetzgebers. Vorwürfe würden auch an Zeitungen erhoben, weil sie im Hinblick auf das Annoncengeschäft nicht über die Mißstände berichteten. Mit dem Vorschlag der Wiener Polizeidirektion, pro Haus eine Genehmigung zur Prostitution zu erteilen, kann sich Hirnschall nicht identifizieren: Diese Vorgangsweise würde vielmehr zu einer Ausbreitung führen.

Die zukünftige gesetzliche Regelung kann nur so aussehen, daß Wohnungsprostitution generell überall dort untersagt wird, wo auch andere Mitbewohner im Haus leben, sagte Hirnschall. Das Problem darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, eine Entscheidung dafür muß noch im heurigen Herbst fallen, schloß Hirnschall.

(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Personal

=++++

47 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Mehr Schulärzte für die Pflichtschüler in den Gemeindeschulen forderte GR. TRAINDL (ÖVP). Der Gesundheitszustand der Jugend sei nicht der Beste, doch für die Gesundheitsvorsorge wird zuwenig getan. Die Ärzte im Bundesdienst sind zwar den Ärzten in den Pflichtschulen finanziell gleichgestellt, doch müssen die Ärzte in den Gemeindeschulen doppelt soviel arbeiten. Ein Arzt in einer Bundesschule hat 750 Schüler zu betreuen, ein Arzt in einer Pflichtschule der Gemeinde Wien 1.500 Schüler. Dem Arzt in einer Gemeindeschule bleibt nur 30 Sekunden Zeit, um einen Schüler pro Jahr zu untersuchen. Im Zielplan von StR. STACHER sind 1.000 Schüler pro Schularzt vorgesehen. Die Wiener Schulärzte haben sogar Spezialkurse zur Suchtgiftausbildung besucht. Sie könnten sich dem Drogenproblem in den Schulen widmen. Nur haben sie zu wenig Zeit dazu. GR. Traindl regte an, im Budget 1983 Vorsorge für die Einstellung von mehr Schulärzten zu treffen. (Forts.) ba/bs

29. Juni 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1932

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Personal

=++++

48 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PESKA (SPÖ) hob besonders die erste Etappe der Besoldungsreform hervor, die mit 1. Juli 1981 durchgeführt wurde. Sie stellt einen Meilenstein in der Entwicklung des Besoldungsrechtes dar und brachte wesentliche Verbesserungen.

Bei der Stadt Wien werden Jugendliche in den verschiedensten Berufen ausgebildet. Auch die Holding wird in vermehrtem Ausmaß Lehrlinge einstellen.

Die Behindertenkommission setzt ihre Tätigkeit auch über das Jahr der Behinderten hinaus fort. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Personal

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Personal

=++++

50 Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat NEKULA an die Adresse von GR. Dr. HIRNSCHALL, daß diesem beide Gesetzesentwürfe übermittelt wurden. Eine gesonderte Regelung für Miet- und Eigentumswohnungen hält Nekula nicht für praktikabel. Es wird VERSUCHT, eine Lösung zu finden, die Materie ist jedoch sehr heikel, und es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, eine befriedigende Lösung für alle zu erreichen. Hinsichtlich der Zeitungsinserate hat der Landtag keine Kompetenz zur Regelung, da diese Frage Sache des Mediengesetzes ist. Heute wurde ein Unterausschuß beschlossen, um diese Angelegenheit sehr offen zu diskutieren.

GR. TRAINDL hat vermutlich den Unterschied zwischen Mittelschul- und Pflichtschulärzten übersehen, vermutete Nekula. Die Stundenanzahl ist bei den beiden Gruppen unterschiedlich.

Es sind Bewerber für die Turnusausbildung vorgemerkt - jedoch nur für die Facharztausbildung. Für die Ausbildung zum Praktischen Arzt gibt es keine Wartezeit.

Früher war die Beschäftigung als Schularzt ein Beitrag zur Altersversorgung. Das ist heute nicht mehr notwendig, weil eine andere Art der Altersversorgung inzwischen geschaffen wurde.

Zu den Ausführungen von GR. Mag. KAUER über Probleme mit Computern sagte Nekula, es wird versucht, neue Maschinen einzusetzen. Betreffend dem Beitrag von GR. KOPFENSTEINER unterstrich Nekula die Bedeutung der Reform, die Vorteile für 50.000 Bedienstete brachte.

Die Sitzung wurde um 21.32 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Mittwoch, nach einer Sitzung des Landtages (9 Uhr) mit der Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fortgesetzt. (Schluß)
and/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

NNNN